

ESM-Gesetz: Drei Pünktchen für den Bundestag

Maximilian Steinbeis

2012-03-29T07:50:17



Gesetzesvorlagen werden beim Bundestage durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages oder durch den Bundesrat eingebracht.

So steht es in Art. 76 I GG. Aber heißt das auch, dass die Gesetzesvorlage vollständig sein muss?

Die Frage stellt sich beim [Gesetz](#) zur finanziellen Beteiligung Deutschlands am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM-Finanzierungsgesetz), das heute im Bundestag eingebracht wird. Der Fraktionsentwurf hat nominell vier Paragraphen, real aber nur drei, im Moment jedenfalls: Der dritte, mit "Beteiligungsrechte" überschriebene besteht nur aus drei Pünktchen.

Das geht gar nicht, finden namhafte Staatsrechtler wie [Christoph Degenhart](#) und [Hanno Kube](#), und das Mastermind der Euroskeptiker unter den Staatsrechtslehrern [Dietrich Murswiek](#) sowieso. Zu entnehmen der heutigen [Süddeutschen Zeitung](#). Der Entwurf sei "unvollständig" und "dürfte gar nicht gelesen werden", zitiert die SZ

Degenhart. Der Leipziger Staatsrechtler ist sowieso der [Meinung](#), dass das ESM-Gesetz eines Volksentscheids bedürfte und deshalb verfassungswidrig ist.

Jetzt ist es aber so, dass in dem Pünktchen-Paragraphen die Beteiligungsrechte des Bundestags geregelt werden sollen. Das ist der Punkt, bei dem der Gesetzgeber immer wieder von Karlsruhe auf die Finger bekommen hat. Deshalb, so steht es in der Entwurfsbegründung listenreich, solle

die Ausgestaltung der Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages (...) im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens

erfolgen.

Das heißt: Der Bundestag soll mal zeigen, was er kann. Die Koalitionsfraktionen machen da mal gar keine Vorgaben. Wenn Herr Lammert glaubt, dass er so clever ist, dann bitteschön.

Die Regierungskoalition will offenbar keine Verantwortung dafür übernehmen, dass die Beteiligung des Bundestags nach dem Geschmack des Verfassungsgerichts ausfällt. Diese Regelung soll allein der Bundestag verantworten, und zwar als Ganzes.

Ist das verfassungswidrig? Das Bundesverfassungsgericht fordert, die Eigenständigkeit des Bundestags als Gesetzgebungsorgan gegenüber der Regierung ernst zu nehmen. Tut die Regierung bzw. ihre Fraktionen nicht genau das, wenn sie sich bei der Regelung der Beteiligungsrechte vornehm zurückhält?

